

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

106/20

PANDEMIE

Corona bringt
Hunger

UNABHÄNGIGKEIT

40 Jahre Zimbabwe

ARTENSCHUTZ

Erfolgsmodell
Südliches Afrika gefährdet



SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADDOCC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtpaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADDOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADDOCC. Letzte Buchveröffentlichung: k.u.k. in Ostafrika (Franz Kotrba). Aktuelle Projekte: Tiroler Missionshelfer in Rhodesien (Andrea Sommerauer); 100 Jahre afrikanische Präsenz in Wien (Vanessa Spanbauer, Simon Loidl).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

106 Ausgaben INDABA.

Weiterhin bieten wir alte Ausgaben zu einem Sonderpreis von 1 Euro pro Stück an. Wenn Sie also Ihre Sammlung vervollständigen oder sich gar eine vollständige Kollektion der Ausgaben 1 bis 106 zulegen wollen, wenden Sie sich bitte an unser Büro: sekretariat@sadocc.at

Das Angebot gilt je nach Verfügbarkeit und gegen Vorauszahlung der jeweiligen Summe (plus Porto, außer bei Selbstabholung) auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN: AT57 1200 0006 1051 2006, lautend auf SADDOCC.

3 Corona im Südlichen Afrika

Nach der Gesundheitskrise folgt die Wirtschafts- und Hungerkrise – die Auswirkungen sind unabsehbar



Und was ist mit Malaria? 4

14 40 Jahre Zimbabwe

Zunächst eine Erfolgsgeschichte, dann in die Krise geraten. Eine Bilanz von Daniel Stögerer

Entwicklungsarbeit im Bildungswesen Zimbabwes 17

20 Achille Mbembe

Birgit Englert über eine neue Südafrika-Isreal-Kontroverse

Trump und Afrika 21

22 Washingtoner Artenschutz

Ein neuer Kolonialismus sei im Kommen, befürchtet Max Abensperg-Traun.

Judy Seidman – Kunst und Aktivismus 26

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Max Abensperg-Traun, Busani Bafana, Birgit Englert, Nina Herzog-Hawelka, Helena Hornung, Jakob Krameritsch, Adalbert Krims, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Moritz Stroh. **Fotos:** Max Abensperg-Traun, Bernhard Dziuba/Christine Dziuba-Gschiel, Jakob Krameritsch, Kunsthaus Bregenz/Stella Olivier, SADOCC, Walter Sauer, Mercedes Sayagues/IPS, Daniel Stögerer. Cover: Adobe Stock©Jerome Delay/Pool/AFP, S3: Adobe Stock©AS Photo Project, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 15. Juni 2020. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rüter; Godwin Schuster.

Jenseits der Lockdowns: Corona im Südlichen Afrika

Zu den befürchteten Schreckensszenarien mit abertausenden Toten und dem Zusammenbruch der Gesundheitssysteme ist es – zumindest bislang – nicht gekommen. Die in den meisten Ländern verhängten »Lockdowns« haben allerdings den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft schwer getroffen. Vorhandene Strukturprobleme wie Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und anhaltende Armut wurden verschärft. Wie es nach der Pandemie weitergeht, ist weitgehend offen. Nina Herzog-Hawelka und Walter Sauer berichten.

Erst das executive summary: Anders als im Fall der HIV/Aids-Pandemie haben die meisten Regierungen der Southern Africa Development Community (SADC) den Ernst der Situation erkannt und einigermaßen rasch reagiert. Aber es gibt Ausnahmen, etwa John Magafuli, den tanzanischen Staatspräsidenten, der weniger auf medizinische Vorkehrungen setzt als auf die Macht des Gebetes (»Wenn Gott in uns wohnt, kann sich der Virus nicht halten«), oder die Verteidigungsministerin von Zimbabwe, Oppah Muchinguri, die Corona als göttliche Strafe für westliche Staaten bezeichnete, die Sanktionen gegen ihr Land verhängt hätten. Aber Trumps und Bolsonaros Gefolgsleute sind nicht typisch für das Südliche Afrika.

Insbesondere Südafrika und Namibia haben umfangreiche soziale Begleitprogramme gestartet, um die voraussehbaren wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Lockdowns abzufangen. Auch wenn die Umsetzung dieser Maßnahmen schwierig ist und sich wieder ein-

mal die Effizienz der staatlichen Verwaltung als problematisch erweist, profitieren immerhin Tausende davon, auch im ländlichen Raum. Leider sind nicht alle SADC-Mitglieder diesem Beispiel gefolgt: Wo sich Regierungen schon vorher nicht um die Bewältigung der Massenarmut kümmerten, wurde auch nicht groß in die soziale Bewältigung der Corona-Krise investiert.

Südafrika genießt wegen seiner vergleichsweise großen wirtschaftlichen und regionalpolitischen Bedeutung besondere Aufmerksamkeit. Schien sich ursprünglich die innenpolitische Position von Präsident Cyril Ramaphosa zu festigen, kam es an-

gesichts divergierender Signale aus dem Krisenstab und offensichtlicher logistischer Probleme wieder zu Vertrauensverlusten. Zwar scheinen die Anhänger des früheren Präsidenten, Jacob Zuma,

der demnächst wegen Korruption vor Gericht erscheinen muß, derzeit noch auf Tauchstation zu sein. Dafür bieten die Umsetzungsschwächen der Kri-



senstrategie wie auch die zu erwartenden Probleme bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen genügend Stoff für Populisten aller Art, sich auf Kosten seriöser Politik zu profilieren.

Südafrika, welches aktuell die höchsten Infektionszahlen auf dem Kontinent verzeichnet, meldete Anfang März den ersten COVID-19-Fall: einen Reisenden, der aus Italien zurückgekehrt war. Nur wenig später registrierten auch andere Staaten in der Region die ersten Infektionen.

Lockdowns mit Corona- Beihilfen

Malaria-Bekämpfung

Initiativen des Privatsektors, die viel Geld für die Bekämpfung der Tropenkrankheit aufgebracht hätten. Kalu weist allerdings darauf hin, daß diese Unterstützung nur dann nachhaltig sein könne, wenn die nationalen Regierungen den Löwenanteil der notwendigen Mittel stemmen würden. Laut der 1998 gegründeten globalen Plattform *RBM Partnership to End Malaria* besteht für eine erfolgreiche Malaria-Prävention eine jährliche Finanzierungslücke in Höhe von rund zwei Milliarden US-Dollar. Diese müsse dringend geschlossen werden, um Menschen in den von Malaria betroffenen Ländern ausreichend zu schützen, fordert Kalu.

Kalu bemerkt, daß in den letzten Jahren zwar Fortschritte erzielt wurden, aber die Regierungen noch wesentlich mehr machen könnten. Er verweist auf die Erklärung von Abuja vom 25. April 2000, in der 44 afrikanische Regierungschefs beschlossen haben, 15 Prozent des Staatshaushalts in die Verbesserung des Gesundheitssektors zu investieren.

Ein WHO-Bewertungsbericht aus dem Jahr 2016 zog allerdings eine ernüchternde Bilanz. Kein einziges Land hatte diese Vorgaben erfüllt. Nur eine Handvoll von Ländern – nämlich Swaziland, Lesotho, Äthiopien, Liberia und Burundi – hatten mehr als fünf Prozent in den Aufbau ihrer öffentlichen Gesundheitssysteme investiert. 19 Länder waren sogar hinter dem Stand von 2000 zurückgefallen.

»Zum ersten Mal in unserem Leben erkennt der Mensch, daß das wichtigste Gut unsere Gesundheit ist«, meint Universitätsprofessor Boum. *»Da unsere Grenzen geschlossen sind, sitzen wir nun alle im selben Boot. Es gibt keine Flüge mehr nach Indien, London oder in die USA.«* Und WHO-Vertreter Kalu ergänzt: *»Wir wollen keine Situation, in der wir Menschen vor COVID-19 schützen, sie aber dann an Malaria und anderen Krankheiten sterben. Wir fordern die Regierungen nicht auf, Geld allein in den Kampf gegen Malaria zu stecken. Sie müssen in die nationalen Gesundheitssysteme investieren.«*

Busani Bafana (interpress service, Bulawayo)

eine Mischung von Überredung und Regulierung unter Kontrolle zu bringen, was aus unterschiedlichen Lagern teils für Kritik, teils für Applaus sorgte. In Malawi blockierte ein Gericht den Plan der Regierung, einen 21-tägigen Lockdown zu verhängen, mit Hinweis auf die zu erwartenden sozialen Folgen. In Tanzania trat Präsident Magufuli dem Coronaausbruch generell mit Skepsis entgegen. Er warf dem Gesundheitssektor vor, die Situation hochzuspielen und die Zahlen zu manipulieren.

auch Südafrika rief keinen dezierten Ausnahmezustand aus, aber aus anderen Gründen. Mitte der 1980er Jahre hatte das damalige Regime den Ausnahmezustand verhängt, um den wachsenden Widerstand gegen die Apartheid zu brechen. Erinnerungen daran wollte man nicht wecken. Präsident Ramaphosa erklärte daher am 15. März 2020 nur einen nationalen Katastrophenzustand (*National State of Disaster*), elf Tage später einen zunächst auf 21 Tage befristeten Lockdown. Dieser sah allerdings wesentlich rigidere Eingriffe in das tägliche Leben der Bevölkerung vor als etwa in Österreich oder Deutschland (generelle Lockerungen traten erst Anfang Juni in Kraft). Menschen durften ihr Zuhause nur für essentielle Besorgungen verlassen oder mit Sondergenehmigung, um ihrer Arbeit nachzugehen.

Alle Freizeitaktivitäten – auch Spazieren mit oder ohne Hund oder Sport – waren untersagt. Die Ausgangssperre wurde von Polizei und Militär überwacht, an die achtzigtausend Soldaten und Reservisten wurden mobilisiert. Der Lockdown in Phase 5 und 4 war außerdem begleitet von einem umstrittenen Verkaufsverbot von Alkohol und Tabak.

Südafrika erst für Juli oder gar August. Im Vergleich dazu waren die Zahlen für die anderen Länder der Region niedrig. Wieviel dort getestet wird, ist allerdings eine andere Frage, möglicherweise gibt es daher eine hohe Dunkelziffer. Zimbabwe verzeichnete 463 Infektionen und vier Todesfälle, Botswana 79 und Namibia gar nur 45 bestätigte Fälle, mit jeweils einem Toten. Ein in Westafrika beobachtetes Phänomen zeigte sich auch hier, nämlich die parallele Zunahme von anderen Krankheiten. So ist in Teilen von Katutura/Windhoek die schon vorher grassierende Hepatitis E stark gestiegen, weshalb die Stadtverwaltung die Wasserversorgung verbesserte und die Gebühren dafür aussetzte (man fragt sich: warum nicht schon früher?).

Weiters wurden für Namibia insgesamt bisher 11.000 Malariatote verzeichnet, etwa das Doppelte im Vergleich zum letzten Jahr. Generell wird für Afrika eine Zunahme an Malaria befürchtet (S. 4-5).

»Social distancing« nicht praktikierbar



In einer weiteren Perspektive sind die Zahlen der Erkrankten etc. allerdings nur *ein* Indikator. Lockdown in Afrika ist etwas anderes als Lockdown in Europa: wegen des wesentlich höheren Anteils der informellen Wirtschaft, der weiter verbreiteten Armut und der geringeren Effizienz der öffentlichen Verwaltung. In den marginalisierten städtischen Gebieten, wo überfüllte Wellblechhütten dichtgedrängt

Wohlhabende stehen ...

aneinanderstehen (INDABA 105/20), ist »social distancing« nicht praktikierbar. Mangelhafte Wasser- und Abwasserversorgung führen das regelmäßige Händewaschen ad absurdum, Schutzmasken sind nicht vorhanden oder kaum leistbar. Hinzu kommt, daß vielen Menschen entweder das Wissen um die Wichtigkeit von Schutzmaßnahmen fehlt oder der Wille, sie einzuhalten, etwa im Supermarkt. Fake News der sozialen Medien zu Anfang der Krise, Corona sei eine »Krankheit

... die Krise besser durch

des weißen Mannes« oder könne sich in der Hitze Afrikas nicht ausbreiten, waren anhaltend schädlich. Die von den Sicherheitskräften brutal exekutierten Alkohol- und Tabakverbote in Südafrika und Namibia haben zu einer Zunahme des Schwarzmarkthandels geführt. Das vielfach propagierte E-Learning während der Schulschließungen erwies sich als weitgehend sinnlos: Berichten aus Namibia zufolge verfügen nur zwei Prozent der Schüler/innen (und etwa ein Drittel der Schulen) über die notwendige technische Infrastruktur, um an virtuellen Unterrichtsprogrammen teilnehmen zu können. In Kapstadt protestierten Krankenschwestern gegen den Mangel an Schutzkleidung bei der Behandlung von Infizierten.

Darüber hinaus beraubte die weitgehende Ausgangssperre große Teile der Bevölkerung ihrer bisherigen Existenzgrundlage. Informelle Märkte wurden geschlossen, Hausangestellte, Müllarbeiter/innen, Tagelöhner/innen etc. durften ihre vier Wände nicht verlassen, und außerdem waren auch die Betriebe, in denen sie Beschäftigung hätten finden können, in der Regel geschlossen. Mangels Geld waren sie häufig auch nicht in der Lage, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs in den Supermärkten zu kaufen. Dies führte einerseits zu einer Zunahme von Einbrüchen und Diebstählen (bei allgemein sinkender Kriminalität), andererseits zu einer veritablen Hungerkrise. Herbert Jauch vom namibischen *Economic and Social Justice Trust (ESJT)* dazu in einem E-Mail an SADOCC: »Die Opfer der Pandemie sind vor allem jene, die ohnehin bereits marginalisiert sind. Die Arbeitslosen, fallweise oder

Liebe SADOCC-Freundinnen und Freunde!

COVID-19 hinterläßt in Österreich seine Spuren von Lockdown und Einschränkungen, aber der Blick in die Welt zeigt deutlich, die »Hotspots« der Pandemie sind gewandert – auch nach Südafrika, hier besonders die Region in und um Kapstadt. Hier wütet die Ausbreitung der Pandemie besonders in jenen Gebieten, die sich nicht hinter Stacheldraht und »Private Cities« einmauern können.

Knappe 30 km von Stadtzentrum erstreckt sich die malerische False Bay. Wenn die Wale da sind – wird gesagt – hört man sie singen. Die Realität Südafrikas in den benachbarten Wetlands ist eine andere: In Masiphumelele teilen sich ca. 40.000 Menschen kleinsten Raum für improvisierte Siedlungen, ständig bedroht von Kriminalität, Krankheiten, Feuer und derzeit Hochwasser. Dazu kommt nun die Auseinandersetzung und der Kampf gegen COVID-19.

Abstandsregeln?

Wie einhalten in einem informell dichtest besiedelten Gebiet?

Ärztliche Versorgung?

Es gibt nur eine Arztpraxis in Masiphumelele.

Nase-Mund-Schutz?

Wie an diese Grundausrüstung des Schutzes kommen?

Was tun, wenn selbst die informellen Arbeitsplätze zusammenbrechen, weil Ausgangssperre und Lockdown – beide notwendig – gelten?

Was tun, wenn es kein Geld mehr gibt für den Kauf von Lebensnotwendigem?

Nun müssen sich Reden und Handeln bewähren im Sinne weltweiter Solidarität und Zusammenarbeit – auch in der »SADOCC-Gemeinschaft«.

Horst Kleinschmidt wohnt in der False Bay. Masiphumelele ist in wenigen Minuten erreichbar. Die Menschen in »Masi« geben nicht so schnell auf: Selbstorganisation und internationale Solidarität ist gefragt. Tshepo Moletsane von der *Masiphumelele Civic Organisation* hilft, so gut es geht: Verteilung von Hilfsgütern und Nahrungsmitteln an Hilfsbedürftige. Die Masiphumelele Civic Organisation nimmt hierbei die Menschen in Not ernst – und nicht ihre Nationalität, Alter oder Konfession, ganz im Sinne des Xhosa-Wortes »Masiphumelele«: »Wir werden das schon schaffen«.



Spenden erbeten auf folgendes Konto, lautend auf SADOCC:

IBAN: AT57 1200 0006 1051 2006

Verwendungszweck: MASI

Mit herzlichem Dank und besten Grüßen.

Mag. Moritz Stroh

Lehrer an AHS und BHS in Wien, mehrfache Studienreisen und Aufenthalte im Südlichen Afrika und Westafrika, Mitglied SADOCC. Sommer 2019: langjährig geplante Reise zu Freunden in Kapstadt, dabei Treffen mit Tshepo Moletsane als Vertreter der Masiphumelele Civic Organisation und Horst Kleinschmidt (beide in der Mitte des Fotos; 2. v. r.: Moritz Stroh).

gleicher Weise dem Lockdown, aber ihre Fähigkeit, diesen zu managen, ist unterschiedlich. Die Ressourcen, drei Wochen Hausarrest zu überleben, variieren beträchtlich. Für die Reichen bringt diese Zeit vielleicht sogar eine Ersparnis, für die Armen hingegen finanziellen Ruin. Die meisten Haushalte in der niedrigen Wohlstandskategorie werden sich stärker verschulden, sie müssen ihre Reserven auflösen, um zu überleben. Insofern bedeuten die finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen des Lockdowns nichts weniger als eine Katastrophe für viele, wenn nicht die meisten, Haushalte in Südafrika.«

Auch nach dem Ende der Pandemie bleibt dieses Problem für lange Zeit von Relevanz. Je nachdem, wie schnell sich die Wirtschaft in Südafrika von den Folgen des Lockdowns und der internationalen Krise erholen wird, rechnen Prognosen mit einem dauerhaften Verlust von 1,8 bis 2,3 Mio. Arbeitsplätzen in der formellen Ökonomie, die offizielle Arbeitslosenrate würde damit auf an die 50% steigen. Allein in Tourismusindustrie und Gastronomie Namibias sollen in den vergangenen Monaten ca. 300.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sein. Wann und in welchem Ausmaß ausländische Touristen wieder in die Länder des Südlichen Afrika strömen werden, steht in den Sternen und wird u. a. auch von der Verfügbarkeit der Flugverbindungen abhängig sein. Ähnliche Szenarien bestehen für die benachbarten Länder. Damit ist schon aus Stabilitätsgründen klar, daß die staatlichen Sozialausgaben weiter erhöht werden müssen. Herbert Jauch plädiert deshalb für ein Upgrade des namibischen *Emergency Income Grant* zu dem seit Jahren in Diskussion stehenden Grundeinkommen (*Basic Income Grant*), »um das Über-

leben der Menschen zu garantieren und die Basis für eine stärker lokalzentrierte und inklusive Wirtschaft zu legen«.

Aber: Wer soll das bezahlen? Neben der Auflösung von Reserven wird die Aufnahme von Krediten angedacht. Das internationale Zinsniveau wird allerdings steigen, da derzeit ja zahlreiche Staaten gleichzeitig massiv in neue Schulden gehen. Im Fall Südafrikas kommt hinzu, daß es Ende März 2020 von allen drei (privaten) Rating-Agenturen auf den »Ramsch-Status« herabgestuft wurde und im Kapitalverkehr somit als Risikoland gilt. Die mögliche Kreditfinanzierung wird daher begrenzt sein, zumal Pretoria ein Szenario wie während der afrikanischen Schuldenkrise der 1980er Jahre – Zahlungsunfähigkeit mit anschließenden Sparpaketen und Überwachung durch den Internationalen Währungsfonds – vermeiden will. Wirtschaftliche Umverteilung, in Südafrika und Namibia seit Jahren umstritten, wird zunehmend realistisch, zum Beispiel durch neue Akzente in der Steuerpolitik. Für Südafrika wurde die Diskussion im April durch eine gemeinsame Untersuchung des *Centre for Inequality Studies* der University of the Witwatersrand und des *World Inequality Lab* der *Paris School of Economics* befeuert, erstellt von Aroop Chatterjee, Léo Czajka und Amory Gethin (Czajka war übrigens einer der Hauptreferenten der von VIDC und SADOCC veranstalteten EU-Afrika-Konferenz im November 2018 in Wien).

Laut den Berechnungen von Chatterjee, Czajka und Gethin zählt Südafrika zu den weltweit ungleichsten Ländern sowohl bei Einkommen als auch bei Besitz. 2017 verfügten demnach die reichsten 10% der

Bevölkerung über 86% des Vermögens (Aktien-, Grund- und Hausbesitz bzw. Pensionsveranlagungen). Demgegenüber hatte etwa die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung (18 Mio.) gar keinen Besitz oder steckte sogar in Schulden. Betrachtet man nur die wohlhabendsten 3.500 Personen, so verfügten diese über 15% des gesamten Reichtums (durchschnittlich 486 Mio. Rand pro Person) und zusammen somit über mehr als die 32 Mio. ärmsten Südafrikaner/innen. Wie die Daten außerdem zeigen, blieb die Ungleichheit bei Besitz und Vermögen seit 1993 im großen und ganzen stabil – d. h. es fand in dieser Zeit kaum Umverteilung statt. Südafrika ist damit vermögensbezogen ungleicher als Rußland, China, Indien, die USA oder Frankreich.

Nähme man als Schwelle für die Besteuerung nur diese 350.000 wohlhabendsten Personen, so würde dies zu mindestens 143 Mrd. Rand zusätzlicher Steuereinnahmen führen – ohne die riesigen Vermögensstände wesentlich zu reduzieren. Eine Reichtumssteuer, so die Autoren, würde somit nicht nur das soziale Netz stärken und Wachstum ermöglichen, sondern langfristig auch die ungeheure Bedeutung von ererbtem gegenüber erarbeitetem Vermögen verringern und somit zu einer besseren kollektiven Entwicklungsstrategie führen.

Regierungsseitig wurden die Forderungen nicht grundsätzlich abgelehnt – was daraus wird, bleibt freilich abzuwarten. Die Entwicklungen der kommenden Monate werden zeigen, ob aus der Coronakrise Lehren für eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaftsentwicklung im Südlichen Afrika gezogen werden, oder ob nicht – genauso wie in Europa.

■
■

... spektrum ...

Landreform in Südafrika. In einem bemerkenswerten Beschluß beauftragte das zuständige Komitee des südafrikanischen Parlaments am 29. Mai 2020 Ministerin Thoko Didiza, den staatlichen Zuschuß zum *Ingunyama Trust Board (ITB)* in Höhe von 22 Mio. Rand zurückzuhalten, bis die umstrittene Organisation ein ordentliches Budget und seriöse Pläne vorlegt, in die Lebensqualität der auf ihrem Territorium lebenden Menschen zu investieren. Gleichzeitig soll der ITB unter Regierungsaufsicht gestellt und eine behördliche Prüfung seiner Tätigkeit durchgeführt werden.

Der im Verlauf der Budgetdebatte 2020/21 gefaßte Beschluß stellt eine Kampfansage gegen Zulukönig Goodwill Zwelethini dar, der via Ingunyama Trust über die gesamte Fläche des ehemaligen Homelands KwaZulu verfügt – offiziell als »Treuhänder der Nation«, praktisch aber als Privateigentümer. Der ITB verwaltet eine Fläche von fast drei Millionen Hektar und ist somit der größte einzelne Landeigentümer in Südafrika. Der 1994 zwischen Nelson Mandela und König Zwelethini abgeschlossene Deal stellte damals zwar die Beteiligung der Zulu-Partei *Inkatha* an den ersten freien Wahlen sicher, führte aber dazu, daß im ländlichen KwaZulu bis heute kaum soziale Verbesserungen erfolgten, wenn nicht die Zentralregierung dafür bezahlt. Die Kontrolle über die einzelnen Dörfer liegt bei den adeligen (sog. traditionellen) Autoritäten, die an Entwicklungsprogrammen für Frauen, Jugendliche oder Behinderte kaum interessiert sind. Vor diesem Hintergrund hatte der Vorsitzende des IT-Boards, Jerome Ngwenya, im Vorfeld erklärt, der Trust habe im vergangenen



Goodwill Zwelethini, *Ingunyama yamaZulu*
(König der Zulu)

Jahr etwa 90 Mio. Rand an Pachtgebühren eingenommen, für die er keine Rechenschaft schuldig sei. Für Community-Programme sei Pretoria zuständig.

Auch mit der Regierung zeigt sich das Parlament nicht zufrieden. Präsident Ramaphosa hatte kurz nach seiner Amtsübernahme eine Kommission zur Diskussion der Zukunft des Ingunyama Trust eingesetzt, was zu heftigem Protest seitens des Königs und verschiedentlichen Drohungen mit Gewalt und Sezession geführt hatte. Seither verhielt sich die Regierung schaumgebremst, was ihr nun eine Rüge des von Mandla Mandela, dem Enkel Nelson Mandelas, geführten Komitees eintrug.

Namibia und Pressefreiheit.

In der aktuellen Weltrangliste der Pressefreiheit ist Namibia nach wie vor führend in Afrika: *Reporter ohne Grenzen (RSF)* stuft das Land wie im Vorjahr weltweit auf Platz 23 ein. Die Nachbarländer Südafrika (31), Botswana (39), Zambia (120) und Zimbabwe (126) schneiden schlechter ab.

»Die Pressefreiheit hat in Namibia einen sicheren Sitz und genießt solide Garantien«, heißt es im neuen RSF-Bericht, der gegen Ende April veröffentlicht wurde. »Die Verfassung beschützt die Medien, die oft von der Justiz vor Angriffen abgeschirmt werden, sei es von Seiten des Staates oder anderer Interessen.« Als Beispiel wird die gescheiterte Unterlassungsklage des namibischen Geheimdienstes (NCIS) gegen die Zeitung *The Patriot* erwähnt. Der Fall landete im April 2019 vor dem Obersten Gericht, dessen Urteil das Informationsrecht des Wochenblattes bekräftigte, indem betont wurde, die Regierung dürfe die nationale Sicherheit nicht als Vorwand benutzen, um Journalisten zum Schweigen zu bringen.

Reporter ohne Grenzen kritisiert aber die Regierung in ihrem Umgang mit der Presse, vor allem den privaten Medien. »Die rechtlichen Rahmenbedingungen können verbessert werden, indem das seit langem versprochene Gesetz umgesetzt wird, das der Öffentlichkeit Zugang zu staatlichen Informationen garantiert«, heißt es in dem Bericht. Kritisiert werden auch Angriffe der Regierung gegenüber den Medien im Zuge des Fischereiskandals. »Ein Journalist einer staatlichen Agentur wurde entlassen, während führende Beamte und Politiker der Presse vorwarfen, eine Kampagne gegen die Regierung zu führen.« Weiters wird beanstandet, daß regierungsfreundliche Medien einen größeren Anteil des Anzeigenbudgets erhalten, was das Überleben privater und unabhängiger Presseorgane gefährdet.

Elefanten außerhalb von Nationalparks. Etliche Bedienstete des namibischen Umweltministeriums mußten Anfang Juni aufgeboten werden, um vierzehn Elefanten von der

Oshikoto-Region im Norden Namibias in die Etosha-Pfanne zurückzutreiben. Die Tiere waren außerhalb des Nationalparks in einem dicht besiedelten Bezirk unterwegs. Laut dem Pressesprecher des Ministeriums, Romeo Muyunda, waren sie nicht aggressiv und versuchten, eine Route zurück in den Park zu finden. Menschen kamen nicht zu Schaden, allerdings wurde ein Esel getötet, der beim Zurücktreiben in den Park gereizt reagierte. Auch mehrere kommunale Wasserzähler wurden von den Dickhäutern zerstört, wie der Regional Councillor der Oshikoto-Region, Sacky Nangula, bestätigte.

Nicht immer gehen Vorfälle dieser Art so glimpflich ab. Vielfach richten marodierende Elefanten schwere Schäden an Feldern und Dörfern an, und nicht selten kommen dabei auch Menschen ums Leben. Auch deshalb plädieren die wildreichen Staaten im Südlichen Afrika für eine Lockerung des Jagdverbots (siehe unseren Beitrag ab S. 22).

Lesotho und Westsahara. Kurz nach ihrem Amtsantritt hat das neue Koalitionskabinett in Maseru die weitere Unterstützung der Westsahara und der Befreiungsbewegung *Polisario* bekräftigt. Wie Außen-

Außenministerin 'Matšepo Ramakoae (*All Basotho Convention*)



ministerin 'Matšepo Ramakoae am 2. Juni erklärte, sei die Hinwendung ihres Vorgängers zu Marokko ohne Beschluß der Regierung erfolgt und somit hinfällig. Lesotho werde seine Position durch die Entsendung von Sondergesandten in die Westsahara sowie die Afrikanische Union und die *Southern African Development Community* klarstellen.

Der frühere Außenminister Lesego Makgothi, der seit 2017 amtierte, hatte im Oktober 2019 bei einem Aufenthalt in Rabat die »Neutralität« seines Landes in diesem letzten Kolonialkonflikt Afrikas erklärt. Marokko hatte dies naturgemäß als Unterstützung seiner Position interpretiert und »von einem weiteren Nagel im Sarg der saharaischen Separatisten« gesprochen. Nicht mit Unrecht: Denn während sowohl die AU als auch die SADC offiziell an der Seite der Polisario stehen, sind zahlreiche Staaten mittlerweile von dieser Position abgewichen (INDABA 102/19).

Westsahara gilt als ein gescheiterter Fall der Entkolonisierung, seitdem Marokko nach dem Rückzug Spaniens aus seinen Kolonien Mitte der 1970er Jahre das rohstoffreiche Territorium überfallsartig besetzt hatte. Ein großer Teil der Bevölkerung sowie die Führung der saharaischen Befreiungsbewegung Polisario lebt seither im Exil in Algerien. Nach dem Friedensplan der Vereinten Nationen soll die Zukunft des umstrittenen Gebiets durch ein Referendum geklärt werden, dessen Abhaltung allerdings von Marokko blockiert wird. Über die Beweggründe,

die den seinerzeitigen Außenminister von Lesotho zur Annäherung an Marokko veranlaßt haben, kann nur spekuliert werden. Es ist anzunehmen, daß seine Ablöse im Mai 2020 auch von Südafrika betrieben wurde, das zugunsten der Polisario eintritt. Möglicherweise spielte auch König Letsie III. im Hintergrund eine Rolle.

Mehr zum Thema finden Sie bei der Österreichisch-Saharaischen Gesellschaft: <http://www.oesg.ws>.

Parlamentarischer NordSüd-Dialog beendet.

13 Jahre lang bemühte sich dieses bemerkenswerte entwicklungspolitische Projekt um eine Verstärkung der Kooperationen zwischen dem österreichischen Parlament und Partnerinstitutionen in Afrika, insbesondere in Moçambique und Zambia (INDABA 94/17). Zahlreiche Delegationen von Abgeordneten und parlamentarischen Mitarbeiter/innen wurden ausgetauscht und Thematiken der Funktionsweise von Parlamenten, Transparenz etc. diskutiert. Darüber hinaus wurden immer wieder Bildungsaktivitäten im Hohen Haus selbst gestaltet, beispielsweise Fair Trade-Frühstücke mit Informationsangeboten.

Ende 2019 endete das Projekt »aus rational nicht nachvollziehbaren Gründen«, wie die Vorsitzende der überparteilichen Steuerungsgruppe des NordSüdDialogs, Abg. Petra Bayr, im letzten Newsletter schrieb. Dem Vernehmen nach spielte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka dabei eine unrühmliche Rolle.

Wie auch immer: Für August 2020 ist (oder war) die Weltkonferenz der *Interparlamentarischen Union* in Wien geplant. Nähme man internationale Kooperation ernst, hätte da ein Projekt wie das soeben zu Grabe getragene gut hineingepaßt.

Wie vor 40 Jahren

Am achtzehnten April feierte Zimbabwe ohne Feierlichkeiten das vierzigste Jubiläum seiner Unabhängigkeit. Eine jahrelange Wirtschaftskrise und die Corona-Pandemie mit ihren anhaltenden Ausgangsbeschränkungen überschatten das Andenken an eine zeitweilen durchaus erfolgreiche Geschichte. Ein Rückblick von Daniel Stögerer.

Das Stadion tobte. In seiner Mitte eine Fackel von der Größe eines Menschen, entzündet von dem Freiheitskämpfer und mit absoluter Mehrheit gewählten Premierminister des soeben aus der Taufe gehobenen Zimbabwe, Robert Gabriel Mugabe. So ihm Gott helfe, schwor er den vollen Rängen von Salisburys Rufaro-Stadion, werde er seinem Land treu sein und dessen Gesetze achten. Der bereits ohrenbetäubende Jubel schwoll weiter an. Die Unabhängigkeit im Jahr 1980 stieß international auf großen Zuspruch. Unter anderem die Präsidenten Zambias, Botswanas und Nigerias sowie die Premierminister von Indien und Australien besuchten die Unabhängigkeitsfeierlichkeiten, die Weltstar Bob Marley mit einem 40-minütigen Konzert krönte. »Du hast ein Juwel geerbt«, soll Tanzanias Präsident Julius Nyerere an jenem Abend zu Mugabe gesagt haben, »paß darauf auf.«

Und tatsächlich, es erstrahlte in nie gekanntem Glanz. Wider die Prophezeiungen der alten Minderheitsregierung und ihres damals noch regierenden Pendant in Südafrika boomte das am zweitstärksten industrialisierte Land im subsaharischen Afrika, anstatt zu kollabieren. Die ganze Welt, Österreich eingeschlossen, knüpfte Handelsbeziehungen mit Zimbabwe. Mit dem Vorsatz, ein gebildetes Land sei leichter zu regieren

als ein ungebildetes, startete der Sozialist und ehemalige Lehrer Mugabe eine massive Bildungsreform. Schulgebühren wurden abgeschafft und im ganzen Land Schulen gebaut. Eine Entwicklung, die Zimbabwe afrikaweit bis heute eine der höchsten Alphabetisierungsraten verschaffte.

Leider lief nicht alles so glatt, wie es sollte. Parteipolitische Interessen behinderten die Vereinigung der Armeen jener beiden Parteien, welche die 70er Jahre hindurch für Zimbabwes Unabhängigkeit gekämpft hatten. Militärs von Mugabes Regierungspartei ZANU übten Druck auf Soldaten der Oppositionspartei ZAPU aus, woraufhin diese desertierten, sich im Busch verschanzten und von dort aus Zivilisten attackierten. Als die Armee 1982 im Kampf gegen diese sogenannten Dissidenten erfolglos blieb, ging sie immer mehr dazu über, auch deren Unterstützer und verdächtige Personen auszuschalten. Die Situation eskalierte 1983 schließlich vollends mit dem Einsatz der von Nordkorea ausgebildeten »fünften Brigade« in den Provinzen Matabeleland Nord und Süd, die dort an die 20.000 Menschen ermordete. Auf die Frage, was er in seinem Land am schnellsten verändern wolle, antwortete Mugabe 1980 in ei-

nem Interview für die Sendung *Newsnight Salisbury*, ohne lange nachzudenken: »Die Situation der Kleinbauern.« Es ginge um die Umverteilung des Landes europäischer Großgrundbesitzer an die mehrheitlich afrikanische Bevölkerung. Zahlreiche Zimbabwer hatten sich mit der Aussicht auf eigenes Land am Befreiungs-

krieg beteiligt und erwarteten von Mugabe eine Gegenleistung für ihre Entbehrungen. Das *Lancaster House*-Abkommen, das Zimbabwes Übergang vom

Erfolge bei Bildung, Gesundheit

Kolonialstaat zur Souveränität regelte, bestimmte allerdings für die ersten zehn Jahre den Umgang mit der Landfrage. Die Umverteilung von Land in den Staatsbesitz basierte laut Abkommen auf Freiwilligkeit (»willing buyer, willing seller«) und wurde zu 50% von Großbritannien kofinanziert. Sie ging allerdings nur langsam voran, sodaß 1987 erst 20% europäischen Grundeigentums in afrikanischen Besitz übergeleitet waren. Aus diesem Grund ging die Regierung 1992 zu verpflichtenden Enteignungen über, wenngleich mit Kompensationszahlungen für die Enteigneten.

Als in Großbritannien 1997 allerdings die *Labour Party* unter Tony Blair an die Macht kam, gerieten Zimbabwes Reformbestrebungen ins Wanken. Clare Short, Staatssekretärin

für internationale Entwicklung, erklärte in einem Brief an Zimbabwes Landwirtschaftsminister Kumbirai Kangai das Ende der finanziellen Unterstützung für Zimbabwes Landreform. Schließlich antwortete »eine neue Regierung ohne Verbindungen zu früheren kolonialen Interessen«, so Short.

Ein lasches Argument, das in Zimbabwe auf heftige Empörung stieß. Kriegsveteranen forderten öffentlich eine schnelle, kompensationslose Landreform, und die Regierung hielt im Februar 2000 ein Referendum über eine Verfassungsänderung ab, die eben-

diese Forderung rechtlich ermöglichen sollte. Zu ihrem Frust stimmte das Volk allerdings dagegen. Frust, der kurze Zeit später in Zorn umschlug. Mit einer Mehrheit im Parlament brachte Mugabes ZANU-PF die neue Verfassung dennoch durch und schickte im ganzen Land Mitglieder des nationalen Kriegsveteranenverbandes auf Farmen, um deren weißen Besitzer zu verjagen. Vierterorts beließen die Veteranen es allerdings nicht dabei, sondern griffen die

Farmer samt ihren schwarzen Arbeitern an, verletzten und töteten sie sogar. Die *Commercial Farmers Union*,

eine Berufsvertretung der weißen Farmer, verurteilte Ende 2001 die Enteignung von 1.948 Farmen seit Beginn des sogenannten *Fast-Track Land Reform Program*.

Aus Sicht der Regierung ein Erfolg, allerdings mit katastrophalen Folgen für die Wirtschaft. Mit den weißen Farmern verloren etwa 300.000 schwarze Farmarbeiter ihre Lebensgrundlage. Der Export von Agrarprodukten brach ein, und das Bruttoinlandsprodukt sank bis 2008 um ein Drittel seines Wertes von 2000. Die Inflation geriet außer Kontrolle und gipfelte in Wechselkursen von einem US-Dollar zu mehreren Milliarden Zimbabwe-Dollar.

Scheitern der Landreform

Mike Auret (1936 – 2020)

Zimbabwe hat mit ihm einen unerschrockenen Kämpfer für Gerechtigkeit und Wahrheit verloren. Unter dem Eindruck der Grausamkeiten an der Zivilbevölkerung, die die Sicherheitskräfte im damaligen Rhodesien verübten, engagierte sich der weiße Farmbesitzer und ehemalige Soldat der Central African Federation Ende der 1960er Jahre in der *Catholic Commission for Justice and Peace (CCJP)*, der einzigen Menschenrechtsorganisation, die damals existierte. CCJP-Vorsitzender war der engagierte Bischof Donal Lamont, der vom Regime später inhaftiert und des Landes verwiesen wurde. Die Organisation kümmerte sich auch um die politischen Gefangenen, darunter um einen jungen Politiker namens Robert Mugabe.

Im Verlauf des eskalierenden Aufstands gegen das international nicht anerkannte Rassistenregime von Ian Smith wurde Auret der Kooperation mit den Befreiungsbewegungen verdächtigt und mußte seine 27.000 Hektar große Farm südwestlich von Bulawayo verlassen. Während eines Besuchs in Rom erhielt er seine Einberufung zum Militär und entschied sich daraufhin, im Exil zu bleiben. Erst nach den freien Wahlen im Herbst 1979 kehrte er ins nunmehrige Zimbabwe zurück. Bewaffnete Überfälle ehemaliger rhodesischer

Söldner und unzufriedener Guerilleros der ZAPU führten allerdings zu einem neuerlichen Einsatz der Armee und schließlich der von Nordkorea trainierten Fünften Brigade. Mike Auret gelang es, eine Begegnung zwischen dem katholischen Erzbischof von Bulawayo, Heinrich Karlen, und Premierminister Mugabe zu arrangieren. Als Resultat dessen setzte Mugabe eine Untersuchungskommission über die Vorfälle im Matabeleland ein, deren Erkenntnisse allerdings nie veröffentlicht wurden. Zum Ersatz bemühte sich Auret um die Erstellung eines alternativen Berichts, der trotz Schikanen der Geheimpolizei 1987 veröffentlicht werden konnte: »Breaking the Silence«. Nur zwei von den Bischöfen Zimbabwes, darunter Karlen, besaßen den Mut, sich hinter die Dokumentation zu stellen, derzufolge zwischen 1982 und 1984 zwanzigtausend Menschen im südwestlichen Zimbabwe ihr Leben verloren, verschwanden oder flüchteten. Insbesondere der erste schwarze Erzbischof von Harare, Patrick Chakaipa, versuchte, den Bericht verschwinden zu lassen.

Auret kandidierte 2000 erfolgreich für das oppositionelle *Movement for Democratic Change (MDC)*, sah sich zwei Jahre später aber gezwungen, neuerlich ins Exil zu gehen, nach Irland. Dort verstarb er am 10. April 2020 im 84. Lebensjahr. Er hinterläßt seine Frau Diana und vier Kinder.



Gesinnungsterror und Wahlfälschungen: ZANU PF hält sich an der Macht

Eine Krisenkoalition mit der im letzten Jahrzehnt entstandenen Oppositionspartei *Movement for Democratic Change* stabilisierte die Lage 2009 einigermaßen, indem sie den US-Dollar als Landeswährung übernahm und den Fiskus mit der Privatisierung einiger Staatsunternehmen füllte.

Bei weiten Teilen der Bevölkerung genoß Mugabe, der seine Macht fortan nur noch mit politischer Gewalt und Wahlfälschung behaupten konnte, kein Vertrauen mehr. Seiner Ansicht nach trugen Mißmanagement und Korruption freilich keine Schuld am Niedergang Zimbabwes, sondern vielmehr eine Reihe von Sanktionen, welche die EU und die USA in Reaktion auf die Gewalt bei der Landreform über sein Land verhängt hatten.

Konkret beinhalteten diese ein Waffenembargo, ein Einreiseverbot für eine Reihe von Regierungsmitgliedern und regierungsnahen Personen sowie ein Verbot von Finanztransaktionen zwischen den auf eben jener Liste Genannten und den sanktionierenden Ländern. Der amtierende Präsident Emmerson Mnangagwa, der seinen damals 93-jährigen Parteikollegen Mugabe 2017 mit Hilfe des Militärs aus dem Amt putschte, versucht seither

mit Kompensationszahlungen an enteignete weiße Farmer und scheinbar freien Wahlen die Sympathie des Westens zurückzugewinnen. Zwar wirkt seine liberal-demokratische Trendwende angesichts fortwährender Verfolgung und Folter von Regimegegnern alles andere als glaubhaft, aber

die restlichen Länder des Südlichen Afrika zeigen in der Sanktionsfrage dennoch Solidarität mit Zimbabwe. So bezeichnet ein Plakat der *Southern African Development Community* vor der Touristenhochburg Victoria Falls die Sanktionen als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit.«

Blödsinn, behaupten Sanktionsbefürworter. Schließlich seien die Sanktionen auf die Regierung beschränkt und trügen keine Konsequenzen für die breite Mehrheit der Bevölkerung. Die Finanzzeitung *NewZWire* veröffentlichte jedoch 2018 eine Analyse der US-Sanktionen (jene der EU wurden nach

2009 größtenteils wieder aufgehoben), die dieser Argumentationsweise in einigen Punkten widerspricht. So hätte das Verbot von Finanztransaktionen bis 2016 auch eine Reihe von Staatsunternehmen getroffen, die in dem sozialistisch geprägten Land einen beträchtlichen Teil der Gesamtwirtschaftsleistung ausmachen.

Darüber hinaus spanne es bis dato einen Gürtel um Zimbabwes staatliches Bankenwesen und habe zahlreiche informelle Auswirkungen auf Privatunternehmen, da die schlichte Existenz der Sanktionen potentielle ausländische Geschäftspartner ab-

schrecke. Der Westen wäscht seine Hände also anscheinend zu Unrecht in Unschuld. Dasselbe gilt allerdings für Zimbabwes Regierung, die den Sanktionen nach wie vor die alleinige Schuld am Stand der Dinge zuschreibt. Ungeachtet der tatsächlichen Verhältnisse schlitterte Zimbabwe allerdings 2019 durch eine plötzliche Verdopplung der Treibstoffpreise wieder in den Krisenmodus. Die Regierung führte wenig später den Zimbabwe-Dollar wieder ein, und Inflation wurde abermals ein Thema. Viele befürchteten eine Wiederholung der Ereignisse von 2008. Diese blieb allerdings vorerst aus, zumindest bis COVID-19 das Land zum Stillstand brachte.

Zimbabwes Zivilgesellschaft zeigt sich indessen so politisch wie kaum eine andere unter denselben Bedingungen. Als der Pastor Evan Mawarire 2016 in einem Twitter-Video seinen Frust über die Lage der Nation kundtat, startete er unabsichtlich die *#thisflag*-Bewegung, die noch im selben Jahr einen dreitägigen, landesweiten Generalstreik hervorrief. Sowohl nach den dubiosen Ergebnissen der Präsidentschaftswahl 2018 als auch nach der Spritpreiserhöhung 2019 bevölkerten Menschen Zimbabwes Straßen und protestierten. Die Ärzteschaft startete vergangenen September einen vier Monate langen Streik, um auf ihre prekären Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Als die Geheimpolizei ihren Präsidenten Peter Magombeyi entführte und foltern ließ, verhärtete sich der Widerstand nur, anstatt abzuflauen. Obgleich Mugabe Julius Nyereres Mahnung nicht sonderlich ernst genommen hatte: Das Juwel scheint nicht verblaßt zu sein. Sein Glanz schlummert wie vor 40 Jahren in den Augen jener Millionen Zimbabwer, die ungebrochen für Veränderung kämpfen.



Bildung im Aufbruch

Bernhard Dziuba und Christine Dziuba-Gschiel arbeiteten von 1989 bis 1992 für den Österreichischen Entwicklungsdienst (ÖED) als Lehrkräfte in Zimbabwe. Derzeit leben und arbeiten sie beide in Wien. Daniel Stögerer sprach mit ihnen über Erfahrungen, Herausforderungen, Bildungsbewußtsein und ein Land in Aufbruchsstimmung.

Welche Aufgaben hatten Sie beide in Zimbabwe, und wo wurden Sie jeweils eingesetzt?

Christine Dziuba-Gschiel: Ich habe an einer Secondary School Englisch und »Fashion and Fabrics« unterrichtet, also quasi Schneiderei. Die Schule liegt in einem kleinen Ort namens Nyamuroro, im Distrikt Gokwe North. Hinsichtlich der Schneiderei mußte ich mir viel selbst aneignen, da ich in Österreich wenig mit dem Bereich zu tun hatte. Viele Fachausdrücke weiß ich bis heute nur auf Englisch.

Bernhard Dziuba: Ja, am Land waren die Schulen damals deutlich unterbesetzt, weil Bildung im Zuge der Unabhängigkeit plötzlich für alle zugänglich war. In der Stadt suchten sie Lehrer für die Berufsausbildung. Als ich mich beim ÖED bewarb, gab es eine konkrete Anfrage vom technischen College in Bulawayo für die Abteilung Elektrotechnik. Ich hatte mich zuvor zwar schon über elf Jahre in der Privatwirtschaft wichtig gemacht, aber Unterrichten war für mich eine gänzlich neue Herausforderung. Heute weiß ich gar nicht mehr, was schwieriger war: Auf Englisch nicht etwa einfach zu plaudern, sondern komplizierte mathematische Diskus-



Bernhard Dziuba und Christine Dziuba-Gschiel

sionen abzuhandeln, oder den Lehrplan in allen seinen Facetten zu verstehen, obwohl mir der Stoff aus meiner Schulzeit schon lange wieder entfallen war. Man mußte sich eben wieder mit den Grundlagen auseinandersetzen.

Unter welchen Umständen haben Sie beide unterrichtet? Also hinsichtlich Infrastruktur, Klassengröße und so weiter.

Christine Dziuba-Gschiel: Naja, Infrastruktur ... Da stand eben das Schul-

gebäude und rundherum die Lehrerhäuser, in denen auch wir Expatriates wohnten. Kein elektrischer Strom, kein Fließwasser. Wir hatten zwar ein Bohrloch, von dem das Wasser in einen Tank hinaufgepumpt wurde, die Leitung dort wurde aber nur zweimal am Tag für etwa zehn Minuten geöffnet. Das ganze System lief über eine Dieselpumpe, und wenn kein Diesel da war, mußten wir eben fünf Kilometer nach Nembudzia gehen. Dort gab es einen Brunnen mit Handpumpe. Ich hatte zwar ein Auto, aber wenn es keinen Diesel gab, dann ... In den

nicht immer so romantisch aussieht, wie man sie sich vorstellt. Beim Unterrichten hingegen, naja. Man ist in Österreich auf jeden Fall interessant für die Schüler. Auf kurz oder lang kommt man auf die Zeit im Ausland zu sprechen und wird gefragt, wie das dort war, oder warum man dort hingeflogen. Man kann ihnen zeigen, daß es mehr gibt als unsere kleine Welt in



Österreich, in der weder nach links noch nach rechts geschaut wird. Das Unterrichten selbst hat der Auslandsaufenthalt allerdings weniger beeinflusst, zumindest aus methodischer Sicht.

Christine Dziuba-Gschiel: Nein, aus methodischer Sicht nicht. In Zimbabwe unterrichteten wir hauptsächlich frontal, weil die Mittel für andere Methoden fehlten und die Klassen sehr groß waren. Gruppenarbeiten mit 50 Kindern wären in diesen engen Klassenzimmern einfach nicht möglich gewesen. Ein Punkt, an dem der Auslandseinsatz allerdings meine heutige Arbeit, speziell in Wien,

beeinflusst hat, ist der Umgang mit nicht-österreichischen Kindern. Bei uns wird derzeit viel Wind um den sog. Migrantanteil in den Klassen gemacht. In meiner Schule liegt er zum Beispiel bei etwa 50%.

Einmal abgesehen davon, daß die meisten dieser Kinder sowieso hier geboren wurden, denken wir beide über solche Unterschiede gar nicht nach. Immer, wenn dann eine Debatte über diesen »Anteil« losgetreten wird, denke ich mir: Ja, sitzen sie halt drinnen. Menschlich gesehen, relativ wurscht (lacht). Auch was den Unterricht an der Schule betrifft, an der ich tätig bin.



Personalentsendungen in den 1980ern

Die Politik des jüngst unabhängig gewordenen Zimbabwe sah Anfang der 80er Jahre einen massiven Ausbau des Gesundheits- und Bildungssektors vor.

Zahlreiche Schulen und Krankenhäuser wurden errichtet und deren Dienstleistungen erstmals für die breite Masse der Bevölkerung zugänglich gemacht. Das rasante Wachstum bedingte einen ebenso rasant wachsenden Personalmangel in den beiden Bereichen, der das Land dazu bewog, die internationale Gemeinschaft um Fachkräfte zu bitten.

Nachdem der *Österreichische Entwicklungsdienst (ÖED)* 1981 erste Kontakte mit potenziellen Partnerorganisationen vor Ort geknüpft hatte, fiel der Beschluß, Zimbabwe zu einem der Schwerpunktländer für ÖED-Personaleinsätze auszubauen. Johann Gattringer, später langjähriges Vorstandsmitglied von SADOCC, wurde als erster Koordinator entsendet.

1982 reisten die ersten Krankenpflegerinnen nach Zimbabwe, und im Jahr darauf befanden sich bereits 17 Entwicklungshelfer/innen im Einsatz. Auch das *Institut für internationale Zusammenarbeit (IIZ)* startete 1983 erste Projekte in Zimbabwe, welche es in den Folgejahren ausbaute, bis die österreichische Entwicklungszusammenarbeit Mitte der 80er Jahre mit 30 Entwicklungshelfern des ÖED und acht des IIZ ihren Höhepunkt erreichte. Dem Bedarf entsprechend wurden vornehmlich Lehrer/innen und Krankenpfleger/innen entsendet, aber auch technisches Personal, Sozialfachkräfte und einige Ärzte bzw. Ärztinnen unterstützten Projekte vor Ort. Eine besondere Herausforderung stellte die Arbeit im Matabeleland dar, als die paramilitärische »fünfte Brigade« im Zuge der Gukuruhundi-Massaker tausende Ndebele ermordete. Mehrere österreichische Entwicklungshelfer kamen in unliebsamen Kontakt mit der Brigade, blieben allerdings glücklicherweise unverletzt.

Daniel Stögerer

Apartheid des 21. Jahrhunderts?

47 unabhängige Expertinnen und Experten des UNO-Menschenrechtsrates haben Mitte Juni Israel davor gewarnt, seine Annexionspläne im Westjordanland umzusetzen.

Sie kritisierten die USA, die die »unrechtmäßigen Pläne« unterstützten und Israel zu weiteren Annexionen ermunterten, in einer Stellungnahme. Wenn die Pläne umgesetzt würden, wäre das ein schwerer Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Genfer Konventionen. »Das ist eine Vision einer Apartheid des 21. Jahrhunderts«. Die Menschenrechte der Palästinenser würden seit 53 Jahren verletzt, unter anderem durch Gewalt von Siedlern, Vertreibungen, übermäßige Gewalt und Folter, Ausbeutung und willkürliche Festnahmen, so die Experten. Im Westjordanland entstünde ein »palästinensisches Bantustan«, schrieben sie in Anlehnung an die bis in die 90er Jahre in Südafrika geltende Apartheid. (www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx)

»Die Lektionen aus der Vergangenheit sind klar: Kritik ohne Konsequenzen wird die Annexion nicht verhindern und die Besetzung nicht beenden«, heißt es in dem Schreiben. Schon Ende Februar hatten Dutzende ehemalige Regierungschefs und Außenminister aus der Europäischen Union die Trump'sche Nahostpolitik mit der seinerzeitigen Politik der Apartheid in Südafrika verglichen und als völkerrechtswidrig abgelehnt. Unter den Unterzeichnern befanden sich auch die früheren österreichischen Außenminister Benita Ferrero-Waldner und Michael Spindelegger, beide ÖVP.

Postkolonialismus und Antisemitismus:

Debatten um Achille Mbembe

Der in Südafrika lehrende Historiker Achille Mbembe ist unbestritten einer der prominentesten afrikanischen Intellektuellen der Gegenwart. Viele seiner Werke wurden ins Deutsche übersetzt. Mbembe wurde für seine Arbeiten mehrfach ausgezeichnet – auch in Deutschland, wo er bei der mittlerweile abgesagten Ruhrtriennale die Eröffnungsrede hätte halten sollen. Von Birgit Englert.

Stattdessen steht er nun im Mittelpunkt einer hitzig geführten Debatte, die ihren Ausgangspunkt mit der Anschuldigung gegen Mbembe nahm, er würde in seinen Texten den Holocaust verharmlosen und der von Palästina ausgehenden internationalen *BDS-Bewegung* (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) nahe stehen. Zunächst vorgebracht vom FDP-Abgeordneten Deutsch und in weiterer Folge auch vom Antisemitismusbeauftragten der deutschen Regierung, Klein, fanden diese Vorwürfe fruchtbaren Boden im Feuilleton.

Es meldeten sich freilich auch zahlreiche Gegenstimmen, darunter auch Afrikahistoriker/innen, denen zufolge die schwerwiegenden Vorwürfe einer genaueren Betrachtung nicht standhalten. Im Laufe der letzten Wochen haben sich hunderte Wissenschaftler/innen in unterschiedlichen Petitionen mit Mbembe solidarisiert. In einer davon forderten 37 jüdische Intellektuelle die Abberufung Kleins

als Antisemitismusbeauftragten der BRD. 700 afrikanische Intellektuelle, die in weiterer Folge einen Protestbrief an Merkel unterzeichneten, stellten dieselbe Forderung und verwehrten sich dagegen, daß afrikanische Perspektiven derart in den Schmutz gezogen werden.

Mittlerweile dreht sich die Debatte vor allem um das Verhältnis zwischen Postkolonialismus und Antisemitismus. Im Zusammenhang damit steht auch die Frage, wie in Deutschland damit umgegangen werden kann, daß der durch die Schuld am Holocaust geprägte Blick auf Israel und Palästina nicht unbedingt von Menschen geteilt wird, für die andere historische Erfahrungen wie Kolonialismus und Apartheid prägend waren. Diese wichtige Debatte sollte auch in Österreich intensiver geführt werden, wo Palästina-solidarische Perspektiven seit Jahren aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden.



USA und Afrika

Von Adalbert Krims

Afrika spielte in der US-Außenpolitik schon immer eine eher geringe Rolle. Von der Präsidentschaft Obamas erwarteten sich viele Beobachter eine Änderung und Aufwertung der Beziehungen zum afrikanischen Kontinent. Wie auch in anderen Bereichen wurden diese Erwartungen aber enttäuscht, weil Barack Obamas Politik weitgehend bei Symbolen stehen blieb (wie seine Reden beim Mandela-Begräbnis 2013 und beim AU-Gipfel 2015). Die Entwicklungsprogramme für Afrika wurden während seiner beiden Amtsperioden sogar gekürzt. Nach dem Wahlsieg Donald Trumps 2016 gab es dann die schlimmsten Befürchtungen. Immerhin hatte er im Wahlkampf angekündigt, die Entwicklungshilfe zu kürzen, illegale Einwanderer auszuweisen sowie bestehende Freihandelsabkommen zu kündigen. Außerdem fiel Trump mehrmals durch rassistische Sager auf. Das setzte er auch als Präsident fort – und im Jänner 2018 sorgte er für einen internationalen Eklat, als er die afrikanischen und lateinamerikanischen Herkunftsländer von Migranten als »Dreckslochländer« (*»shithole countries«*) beschimpfte. Damals protestierten alle 54 Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union und äußerten ihr »Entsetzen« über die *»abscheulich rassistischen und fremdenfeindlichen Ausführungen«*. Trump wies die Rassismuskorrekturen zurück, ohne sich aber für seine Aussage zu entschuldigen. Die US-Diplomaten waren bemüht, die Wogen zu glätten und betonten den Respekt der USA gegenüber Afrika.

So sehr sich also die Symbolik und Rhetorik von Obama und Trump in Bezug auf Afrika unterschieden, in der realen Politik gab es kaum gravierende Unterschiede. Beide führten das von George W. Bush 2007 gegründete *»Afrika-Kommando der Vereinigten Staaten«* (AFRICOM) weiter, das alle Militäroperationen der USA in Afrika koordiniert – von der Begleitung humanitärer Hilfslieferungen über Katastropheneinsätze bis zu gemeinsamen Manövern und dem Anti-Terror-Kampf. Seit 2007 wurden von den USA 27 militärische

Stützpunkte in 15 afrikanischen Ländern errichtet – vor allem in der Sahelzone und am Horn von Afrika. Allerdings gab es unter Trump eine leichte Schwerpunktverschiebung, die sich auch auf Afrika auswirkt: In der Nationalen Verteidigungsstrategie 2018 wurde dem Konflikt mit Rußland und vor allem China ein höherer Stellenwert eingeräumt als der Terrorismusbekämpfung. In diesem Zusammenhang läßt US-Verteidigungsminister Mark Esper auch die Schließung von Militärstützpunkten in West- und Ostafrika prüfen. Dies hängt allerdings nicht nur mit der Schwerpunktverlagerung auf potentielle »Großmachtkonflikte« zusammen, sondern wahrscheinlich hat man im Pentagon inzwischen erkannt, daß die US-Präsenz dort mehr Terroristen hervorgebracht als beseitigt hat und daß Militärbasen auch Ziele für Terrorangriffe sind.

Zu Beginn von AFRICOM gab es in Westafrika rund 40 Terroranschläge im Jahr – 10 Jahre später waren es ca. 2.500! Dennoch warnen demokratische und republikanische Senatoren vor einem militärischen Rückzug der USA aus Afrika. So schrieben beispielsweise der Republikaner Lindsey Graham und der Demokrat Chris Coons Anfang des Jahres in einem gemeinsamen Brief an Verteidigungsminister Esper: *»Jeder Rückzug oder jede Reduzierung würde wahrscheinlich zu einem Anstieg gewaltsamer extremistischer Angriffe auf dem Kontinent führen und darüber hinaus den geopolitischen Einfluß von Konkurrenten wie Rußland und China verstärken.«*

Um der Kritik im Kongreß entgegenzuwirken, will das Pentagon die schon unter Obama eingeschlagene Strategie verstärken, die Entsendung von Kampfverbänden durch vermehrte Drohneneinsätze zu ersetzen. Allerdings würde auch eine solche Strategieänderung die tieferliegenden ökonomischen, sozialen und auch ethnischen Wurzeln des Terrorismus nicht beseitigen – und auch nicht den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Einfluß Chinas auf viele afrikanische Länder.

CITES ist ein multilateraler Mechanismus, der seit 1975 in Kraft ist und dem heute 183 Mitgliedsstaaten angehören. Internationaler Handel soll nicht per se verboten, sondern nur die Nachhaltigkeit sichergestellt werden. Beschlüsse, ob internationaler Handel stattfinden darf oder nicht, werden meist durch Abstimmung mit 2/3-Mehrheit bei Weltkonferenzen in Abständen von zwei bis drei



SADC erfolgreichste Region in Afrika

Jahren verabschiedet. Grundlagen der Beschlüsse sind zumindest auf Papier klare CITES-Kriterien, die sich auf die Bedrohung der betroffenen Arten durch internationalen Handel stützen, also eine wissenschaftliche Entscheidungsgrundlage.

Der Prozeß der Entfremdung der *Southern Africa Development Community (SADC)* von CITES begann früh. Schon bald, nachdem die meisten Staaten des Südlichen Afrika in den 1970er und 1980er Jahren den Washingtoner Vertrag ratifiziert hatten, bekamen NGOs bei Weltkonferenzen formalen Beobachterstatus, wenn auch ohne Stimmrecht. Und mit ihnen kamen auch NGOs mit Tierrecht- anstatt Artenschutz-Agenden. Ihre Strategie der *compassionate conservation* stellt den Schutz des Einzeliers vor den der Population oder Art und hat somit nichts mit Artenschutz zu tun. Bejagung wird abgelehnt. Die Strategien der nachhaltigen Nutzung im Südlichen Afrika werden durch diese NGOs massiv bekämpft, obwohl dies in klarem Widerspruch zu etlichen CITES-Resolutionen steht. Schutzerfolge der SADC wurden in CITES-Beschlüssen unter dem Einfluß von Tierrecht-NGOs oft nicht berücksichtigt. Das führte zu gravierenden Verlusten für nationale Schutzbudgets und Vertrauensverlust in das Entscheidungsgremium, in dem bei vielen Beschlüssen Ideologie, und nicht Wissenschaft, die Grundlage der Beschlüsse darstellt. Die finanziell folgenschwersten CITES-Beschlüsse für die südlichen SADC-Länder waren die Handelsverbote mit Nashorn (1977) und Elfenbein (1989). Diese Verbote führten zu einem massiven Anstieg der Preise in Asien und somit der Nachfrage und der Wilderei. So erreichte das Horn eines Nashorns in Asien bis zu US-\$ 60.000/kg. Die Kosten, diese Arten gegen hartnäckige und profitsuchende Wilderer zu schützen, vervielfältigten

sich und strapazierten die dürftigen Budgets der betroffenen Länder. Nach einfachen ökonomischen Prinzipien von Angebot und Nachfrage hätte man diese Entwicklung voraussehen müssen. Es fehlt den CITES-Beschlüssen also an sozio-ökonomischen Erwägungen, oder anders ausgedrückt an Überlegungen, wie sich Handelsverbote oder Einschränkungen in der Praxis auf Wild und Menschen auswirken

könnten. Die nationalen Einkommensverluste einiger dieser Länder werden durch das weiter bestehende Handelsverbot mit Elfenbein und Horn auf jährlich (!) ca. eine Milliarde US-Dollar geschätzt – in einer Zeit, in der Nachfrage in Asien und Wilderei in Afrika weiter sehr hoch sind. Und das 30 Jahre nach dem Handelsverbot für Elfenbein und 42 Jahre nach jenem für Nashörner. Diese weit zurückliegenden Beschlüsse sind also gescheitert oder sind sogar zur Grundlage für die anhaltend hohe Wilderei geworden, die wir bei diesen Arten immer noch sehen. Kompensation für entgangene Einkommensverluste aus den Handelsverboten gibt es nicht, obwohl diese seitens der USA 1989 für Elfenbein versprochen wurde.

Die Elefantenkrise der 1980er Jahre war auch Schicksalsstunde der heute einflußreichsten Tierrecht-NGOs wie *Born Free* oder *International Fund for Animal Welfare (IFAW)*. In Kenya, wo IFAW seit vielen Jahren maßgeblich die nationalen Artenschutzstrategien vorgibt, Jagdtourismus verhindert und das führende nationale Schutzgremium, das *Kenya Wildlife Service*, finanziert, sind seit den 1980er Jahren

Handelsverbot für Elefantenstoßzähne – jährlich eine Milliarde Verlust



rationen? Die Glaubwürdigkeit von CITES war noch nie in einer derartigen Schieflage wie heute.

Trotz der enormen Schutzerfolge hat aber auch das Südliche Afrika Handlungsbedarf. Erstens sind die Rechte lokaler Dorfgemeinschaften, und ihre Einkommensquellen, nicht überall ausreichend gesichert (z.B. in Südafrika), und zweitens im Rahmen der Jagdethik. So wurden z.B. in Zimbabwe 2015 ein Löwe mit Sender (Halsband) und in Botswana ein ebensolcher Elefant (2019) von Jagdtouristen geschossen. Das sind wenige Fälle, die aber trotz rascher Konsequenzen für die betroffenen Jagdbetreiber (z.B. <https://www.bbc.com/news/world-africa-50800864>) global hohe mediale Aufmerksamkeit erhielten. Die SADC benötigt dringend ein effektiveres System, um ethische Jagd in aller Transparenz sicherzustellen. Zertifizierung betroffener Jagdbetriebe wäre ein möglicher, aber mit Kosten verbundener, Weg.

Die zunehmende klimawandelbedingte Trockenheit in der Region wird es in Zukunft noch schwieriger machen, ohne Jagdtourismus ein adäquates Haushaltseinkommen in abgelegenen Regionen zu generieren, etwa durch Maisanbau oder Viehwirtschaft. Mittel- bis längerfristig wäre es jedoch für das Südliche Afrika wichtig, die Rechte der Dorfgemeinschaften weiter zu stärken und sich von der Abhängigkeit vom Jagdtourismus der USA und EU zu lösen: durch die Entwicklung neuer Märkte (z.B. Asien und Südamerika), aber auch durch neue, innovative ökonomische Wertschöpfungsmöglichkeiten für Dorfgemeinschaften. Die SADC wäre auch gut beraten, realpolitisch neue Allianzen zu schmieden, um ihre Machtbasis in CITES auszubauen. Denn Jagd auf bedrohte Arten, unabhängig von ihren positiven Auswirkungen im Südlichen Afrika, entspricht nicht mehr dem Zeitgeist westlicher Gesellschaften. Es würde daher nicht überraschen, wenn der zunehmende gesellschaftliche Wandel in der westlichen Welt politische Entscheidungen erzwingen würde, die die Anstrengungen im Südlichen Afrika zunichte machen könnten, auch wenn dies gegen grundlegende Menschenrechte, CITES-Kriterien und Hausverstand verstößt. Die Folgen für das Wild in den riesigen, bis dato für Jagdtourismus reservierten Schutzgebieten – und in vielen ihrer Dorfgemeinschaften – wären jedoch verheerend. Die Finanzierung von Artenschutz in diesen Ländern ist maßgeblich von uneingeschränkter globaler Reiseaktivität abhängig. Die Auswirkungen des Coronavirus (Covid-19) verstärken daher die CITES-Erfahrungen des Südlichen Afrika mit vorhersehbaren signifikanten finanziellen Einbußen durch Jagd- und Ökotourismus (

*Elisante Ombeni Leguma
von der Tanzania Wildlife Management Authority*

cation/340756834_Estimating_the_Economic_Impact_of_COVID-19_A_Case_Study_of_Namibia). Mit dem Wegbleiben von Touristen, und dem einhergehenden Verlust von Einkommen und Arbeitsplätzen für lokale Dorfgemeinschaften, ist die Rückkehr von intensiver Wilderei vorhersehbar. In Botswana hat sich das bereits bestätigt (<https://www.globalgeneva.com/botswanas-rhino-poaching-crisis-covid-19-increases-the-pressure/>). Die Covid-19-Erfahrungen könnten daher strategische Überlegungen zu innovativen alternativen Einkommen für die nachhaltige Tier-Mensch-Koexistenz außerhalb der formalen Schutzgebiete intensivieren.

Was wir im CITES Kontext derzeit erleben, ist eine neue Form des Kolonialismus, der das Südliche Afrika überzieht. Anzeichen eines Zusammenrückens der SADC-Länder mit ihren 345 Millionen Einwohnern war die Einigung zu einer gemeinsamen regionalen Wildbewirtschaftungspolitik bei einer Konferenz der Regierungschefs in Arusha, Tanzania, im November 2019 (<https://dailynews.co.tz/news/2019-10-225daeeaa4dcfd7e.aspx>). Machtpolitisch ist das ein wichtiger, jedoch nur erster Schritt, sich im Rahmen von CITES effektiver durchsetzen zu können. Aber jede erzwungene Veränderung birgt auch neue Chancen, und das Südliche Afrika hat in der Vergangenheit bewiesen, wie man sich neuen Herausforderungen mit kreativen Lösungen stellt.

Dr. Max Abensperg-Traun hat 1971, 1972 und 1975-1980 als Nationalpark-Ranger und Safari-Guide in Zimbabwe gearbeitet und war von 1981 bis 1997 in der Forschung im angewandten Artenschutz in Australien tätig. Von 2003 bis 2019 koordinierte er im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus die Aktivitäten des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) auf nationaler und internationaler Ebene. Heute arbeitet er als unabhängiger Konsulent. Sein Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags im FORUM SÜDLICHES AFRIKA.

Finding common spaces

Ein Workshop in Wien mit der amerikanisch-südafrikanischen Künstlerin Judy Seidman

Seit mehr als fünf Jahrzehnten arbeitet Judy Seidman an den Schnittstellen von Kunst und Aktivismus. Ihre Erfahrungen teilte die engagierte Künstlerin aus Südafrika vor kurzem mit Studierenden der Akademie der bildenden Künste in Wien.

Judy Seidman, geboren 1951 in den USA, verbrachte ihre Schulzeit in Ghana, wo ihr Vater an einer von Nkrumah neu gegründeten Universität als Literaturprofessor arbeitete; früh lernte sie so Mitglieder und Motive antikolonialer Freiheitsbewegungen kennen. Nach einem in den USA abgeschlossenem Kunststudium kam Seidman in den 1970er-Jahren über Umwege nach Südafrika; sie wurde Mitglied von *uMkhonto weSizwe* und schloß sich der KünstlerInnengruppe »Medu Art Ensemble« an. Dieser Zusammenschluß von Literatur/inn/en, Musiker/inn/en, Fotograf/inn/en und bildenden Künstler/inn/en widmete sich dem Kampf gegen Apartheid mit künstlerischen Mitteln. Die Mitglieder der Gruppe entwarfen in ihrem Hauptquartier in Gabarone hunderte Poster, die zu Demonstrationen gegen das Apartheid-Regime aufriefen; Filme wurden produziert, die die Greuel von Rassismus aufzeigten und Gedichte, die alternativen Welten beschworen ... die Mitglieder der Gruppe unterrichteten einander, für alle war dies eine lehrreiche Zeit. Eine Zeit jedoch auch, die Seidman nur mit viel Glück überlebte – viele ihrer Kolleg/inn/en



Maren Grimm, Yalla

starben bei Anschlägen, die das südafrikanische Militär gezielt auf die Einrichtungen des »Medu Art Ensemble« verübte. Auch nach 1994 war Seidmans Arbeit dem Kampf gegen Apartheid und deren Nachwirkungen verpflichtet: Bis heute berät Seidman Museen und Community-Center, die sich dem schweren Erbe widmen, sie leitet Workshops mit Apartheid-Opfergruppen, und engagiert sich in feministischen Gruppierungen gegen sexuelle Gewalt. Immer geht es ihr dabei darum, mit visuellen Mitteln auf politische und soziale Mißstände hinzuweisen und künstlerische Methoden zur Ermächtigung marginalisierter Gruppen einzusetzen.

Ende letzten Jahres luden die Filmemacherin Maren Grimm und der Historiker Jakob Krameritsch Seidman an die Akademie der bildenden Künste Wien zu einem zweiwöchigen Workshop ein. Seidman nutzte die Gelegenheit, um mit Studierenden ihre Erfahrungen auszutauschen und visuell zu arbeiten. Der Fokus lag dabei auf der Diskussion von Möglichkeiten zeitgemäßer internationaler Solidarität; zum Einsatz kamen zwei künstlerisch-visuelle Methoden, die Seidman bereits mehrfach erprobt hatte: Bodymaps und Siebdruck.



Mit Judy Seidman in der Siebdruckwerkstatt
(Wien, November 2019)

Gruppen-Bodymaps beginnen damit, daß sich eine Person auf eine große Papierfläche legt und eine andere ihre Körperlinien nachzeichnet. Danach sollen in und um den Körperumriß gemachte Erfahrungen, Hoffnungen und Forderungen zu Papier gebracht werden – zeichnend, nicht schreibend. Seidman hat diese Methode etwa in der Arbeit mit den Witwen der beim »Massaker von Marikana« erschossenen Minenarbeiter eingesetzt. Die dabei entstandenen, sehr kraftvollen Bilder unterstützten die Witwen dabei, eine gemeinsame Stimme zu finden.

Beim Wiener Workshop ging es bei den Bodymaps vor allem darum, mögliche Ausgangspunkte für solidarisches Agieren zu finden (»*finding common spaces*« wurde auch der Titel einer Broschüre, die die Ergebnisse des Workshops dokumentiert). Die zweite Hälfte des Workshops fand in der Siebdruckwerkstatt der Akademie statt. Seidmans Erfahrungen mit Siebdruck gehen auf die Zeit mit dem »Medu Art Ensemble« zurück. Mit geringen Mitteln und äußerst begrenzter technischer Infrastruktur entstanden Kunstwerke, die bis heute nichts an ihrer Kraft verloren haben.

Der Einsatz weniger Mittel beim Siebdruck – Scherenschnitt ohne Einsatz von Belichtungstechnik – war für die Studierenden herausfordernde Limitierung, die zur Fokussierung zwang. Zwei der dort entstandenen Siebdrucke sind in diesem Heft abgebildet; sie formulieren feministische Forderungen und gehen auf Diskussionen mit Seidman und ihren Arbeiten bei »Medu« – wie etwa dem Plakat zum Frauentag in Südafrika – zurück. ■

William Kentridge in Bregenz

Während der Sommerwochen zeigt das Kunsthaus Bregenz eine bemerkenswerte Sonderausstellung, die dem prekären Lebensgefühl seit dem Beginn der Corona-Krise nachspürt. »Unvergeßliche Zeit« ist eine hochaktuelle Ausstellung mit Werken von Helen Cammock, William Kentridge, Annette Messenger, Markus Schinwald, Marianna Simnett und Ania Soliman, die alle während der Coronakrise oder in Vorahnung darauf entstanden.

Im Zentrum der Arbeiten William Kentridges steht generell die kolonisierte Gesellschaft Südafrikas, das Leben geprägt von Unterdrückung, Ausgrenzung und Flucht. Trotz dieser Themen tragen seine Werke auch humoristische Züge. Während der Quarantäne drehte Kentridge einminütige Filme, poetisch-surreale Miniaturen aus dem Atelier. Kentridge trat auch als Mentor anderer Kunstprojekte auf: Er gründete 2016 in Johannesburg *The Centre for the Less Good Idea*, das Performances, Musikdarbietungen und Theaterveranstaltungen zeigt.

Eine für April 2020 geplante Serie mußte aufgrund der Verbreitung des Coronavirus abgesagt werden. Die ursprünglich geladenen Künstler/innen wurden gebeten, digitale Beiträge zu übermitteln. Bronwyn Lace, Direktorin des Centres, stellte einige dieser Arbeiten in der Länge von je einer Minute zu einem abwechslungsreichen Instagram-Thread zusammen. Im Kunsthaus Bregenz ist *29 Long Minutes* erstmals als Film zu sehen.

Bronwyn Lace und William Kentridge



... sadocc news ...

Salzburg unterstützt IKAGENG. Die Salzburger Landesregierung hat aus ihrem entwicklungs-politischen Budget 6.000 Euro für das Kinderschutzzentrum IKAGENG in Soweto/Johannesburg genehmigt. Der Vorschlag wurde von zwei Salzburger Therapeutinnen, Anna Mayer und Bianca Moore-Ziegler, eingereicht. Letztere absolvierte vor einigen Jahren ein Praktikum bei Carol Dyantyi, der Gründerin und Leiterin der Organisation, und referierte darüber bei einem Curry Splash-Abend der SADOCC.



Carol Dyantyi mit Lorraine und Rudolf Koger von SADOCC

Die genehmigte Summe wird, zusammen mit anderen Spenden, für den Ankauf von Schuluniformen sowie andere Notwendigkeiten der schulpflichtigen Jugendlichen in Soweto Verwendung finden.

30 Jahre Namibia. Die von der Österreichischen Namibia-Gesellschaft (ÖNG) vorbereitete Ausstellung anlässlich des 30. Jahrestages der namibischen Unabhängigkeit im *International Institute for Peace (IIP)* in Wien 4. mußte wegen des öster-

reichischen Lockdowns verschoben werden. Die Eröffnung ist nun für Mitte Oktober geplant. Gezeigt werden Fotos der ehemaligen UNTAG-Mitarbeiterin Elisabeth Friedel aus der Übergangszeit 1989/90 sowie Souvenirs aus dem Wahlkampf zum ersten freigewählten Parlament. Angefragte Podiums-Teilnehmer/innen sind u. a. Botschafterin Nada Kruger, der Ehrenpräsident der ÖNG, Peter Jankowitsch, sowie der damalige Rechtsberater der UNTAG, Kwame Opoku.

Noch einmal Corona in Südafrika. Wie berichtet, appellierte SADOCC-Vorsitzender Walter Sauer am 24. März an Außenminister Alexander Schallenberg, den vom südafrikanischen Präsidenten Cyril

Ramaphosa ins Leben gerufenen Corona-Solidaritätsfonds (www.solidarityfund.co.za) »mit einem namhaften Betrag (nicht unter einer Million Euro) zu unterstützen.« (INDABA 105/20). »Daß der Corona-Virus eine globale Krise ausgelöst hat, ist uns allen bewußt. Weniger allerdings, daß globale Krisen auch globale Solidarität erfordern«, heißt es in dem Schreiben. »Wir glauben, daß ein rascher Beitrag Österreichs auch ein Beispiel für andere Staaten bzw. die Europäische Union insgesamt geben könnte. Auch deshalb würden wir Ihre Unterstützung für unser Anliegen sehr begrüßen.« Trotz Urgenz blieb der Appell bis Redaktionsschluß unbeantwortet.

Nelson Mandela-Tag Wien 2020

15. Juni bis 18. Juli 2020
VIRTUELLER SPAZIERGANG

im Vorfeld des Nelson Mandela-Tages
mit künstlerischen Interventionen von Marcus Neustetter

18. Juli 2020
KUNDGEBUNG

auf dem Nelson Mandela-Platz in der Seestadt,
live übertragen im Internet



Beides unter
www.sadocc.at

IMPRESSIONEN DES WORKSHOPS MIT Judy Seidman

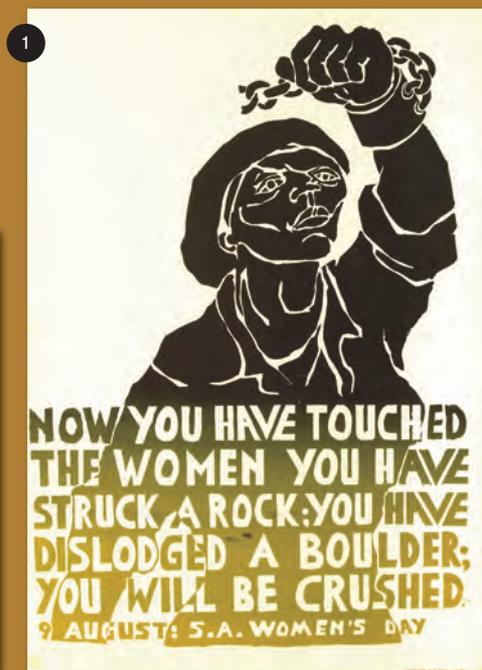
1
Judy Seidman als Teil des Medu Art
Ensemble: Struck a rock, 1981

2
Bodymap von Veronika Hapchenko,
Joy, Valeriya Ugrinovskaya

3
Don't Trump On Me, RSMA, 20x30cm,
Siebdruck auf Textil

4
My Body, Juliana Melzer, 40x59cm,
Siebdruck auf Papier

5
Bodymap by Lital Bar Noy, Beatriz Freitas,
Lorena Moreno Vera, Elinor Soffer





Wer sein Geld ökologisch nachhaltig, sinnvoll und rentabel anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Informationsdienst Öko-Invest.



- Er liefert (per Post) aktuelle Analysen, Übersichten und Tipps zu
- nachhaltigen Fonds, Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen
 - ca. 40 nachhaltigen Titeln im **Musterdepot**, z.B. Aktien von **Geberit, Tesla** und **Tomra** (mit Kursgewinnen bis 3.500%)
 - 25 Natur-Aktien im Index **nx-25** (+996% von 1997 bis Ende 2018)
 - 30 Solar-Aktien im Index **PPVX** (+244% von 2001 bis Ende 2018)
 - ausserbörslichen Aktien wie **BioArt, Grassmugg** oder **Öko-Test**
 - **Warnungen** vor (grün-)schwarzen Schafen.

Das **Handbuch Grünes Geld 2020** enthält (in der 8. aktualisierten Auflage) auf rund 380 Seiten wieder einen umfassenden Überblick über nahezu alle Öko-Investment-Möglichkeiten samt neuer Kapitel wie Green Bonds und Crowd-Investments.

Das Handbuch (Einzelpreis 24,90 Euro portofrei mit Rechnung) und ein **kostenloses Öko-Invest-Probeheft** können Sie abrufen beim Öko-Invest-Verlag, Schweizertalstr. 8-10/5, A-1130 Wien
www.oeko-invest.net, Tel. 0043-1-8760501, oeko-invest@teleweb.at